

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 23

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chruschtschews Stellungnahme zu Berlin

Eine weitere Verschärfung der Deutschlandfrage

Die unverzügliche Einberufung einer «Friedenskonferenz» über Berlin, die Fixierung der deutschen Grenzen beim Stande von 1945, der Abschluss von Friedensverträgen mit den beiden «souveränen deutschen Staaten» fordert die sowjetische Regierung in ultimativem Ton. Bonn und Ostberlin hätten sich innert sechs Monaten über eine diesbezügliche Regelung zu einigen. In einem Kennedy in Wien übergebenen und jetzt veröffentlichten Memorandum wiederholt Moskau seine Drohung eines Separatfriedens mit der DDR, falls die Westmächte auf das sowjetische Verlangen nicht eingehen sollten.

Die Vorschläge Chruschtschews für eine «Lösung» der Berlinfrage sind im übrigen nach wie vor die gleichen: Um die Lage in Westberlin zu normalisieren (das sowjetzonale Ostberlin befände sich bereits in einer normalen Lage) wird wieder einmal die Herstellung einer «entmilitarisierten freien Stadt» gefordert.

Dafür, dass das vom Ostsektor umgebene «freie» Westberlin «seiner inneren Ordnung nach dem frei geäußerten Willen der Bevölkerung bestimmen und seine Kontakte mit der übrigen Welt aufrechterhalten kann», will die Sowjetunion sorgen. Voraussetzung ist lediglich, dass die Stadt «nicht weiterhin als Stütz-

punkt für provokatorische Tätigkeit gegen die UdSSR, die DDR oder irgendeinen andern Staat benutzt wird».

Voraussetzung ist ferner, und hier ist die Formulierung besonders beachtlich, «dass Westberlin nicht weiterhin ein gefährlicher Herd der Spannungen und der internationalen Konflikte bleibt.» Da eine freie Stadt im ostzonalen Raum definitionsmässig immer ein Spannungsherd wäre, hat die Sowjetregierung implizite erklärt,

Was will Katanga?

Ein kräftiges Tauziehen ist innerhalb der katangischen Regierung im Gange. Während der Innenminister und während der Gefangenhaltung Tschombés als Regierungschef amtierende Munongo seine Einwilligung dazu erklärte, seine Truppen der Uno zu unterstellen, wurde von anderer «Regierungsseite» eine Uebereinkunft mit den Vertretern der Vereinigten Nationen in Abrede gestellt. Nach einem ersten Communiqué hatte die ehemalige Provinz, die seither ihre eigene Staatsautonomie proklamierte, ihre Armee dem Kommando der Uno-Streitkräfte unterstellt. Das Dementi stellte nicht nur eine solche Lösung in Frage, sondern warf gleichzeitig das Problem der Kompetenzverteilung in Elisabethville auf.

Was sucht Gizenga?

Eine eher positive Ueberraschung stellte andererseits die prinzipielle Einwilligung Gizengas, des Lumumbanachfolgers in Stanleyville dar, zur Tagung des kongolesischen Parlamentes nach Léopoldville zu kommen, falls die Uno seinen Schutz übernehme. Gizenga hat in der Ostprovinz eine Gegenregierung errichtet, die sich bisher als «einzig legitime Regierung des Kongos» geweiht hatte, mit den andern mehr oder weniger zweitweisen Machthabern der «Föderation» zu verhandeln. Allerdings dürfte Gizenga, der vom Ostblock anerkannte gesamt-kongolesische Ministerpräsident, seine Ansprüche kaum aufheben und verspricht sich von Konferenzen wohl taktische Vorteile.

dass sie die Rechte Westberlins nicht anerkennen wird, falls es zu dieser Lösung käme.

In einem zweiten Memorandum hat übrigens die Sowjetregierung ihre Stellungnahmen zu den Abrüstungsverhandlungen und Kernwaffenversuchen wiederholt. Die totale Gesamtabrüstung ohne Kontrolle des sowjetischen «Gegenrechtes» wird dem Westen weiterhin dringend ans Herz gelegt.

Kennedys Aussage nach seiner Rückkehr in den USA, dass bei seinen Gesprächen mit Chruschtschew lediglich die Fronten zwischen Ost und West deutlicher geworden seien, ohne dass sich substantiell etwas verändert hätte, hat damit vor der Weltöffentlichkeit ihre Bestätigung erfahren.

Klare Ablehnung durch Adenauer

Vor schlesischen Flüchtlingen in Hannover sprechend hat Adenauer das sowjetische Berlin-Memorandum in aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Auch der Berliner Bürgermeister Brandt warnte die Sowjets davor, ihre ultimativen Drohungen in die Tat umzusetzen. Die Westmächte aber hätten ihre ganze Entschlossenheit zu beweisen, um ein zweites München zu vermeiden.

Ferienarbeit

Grosse Teile der ungarischen Bevölkerung werden im Sommer zu Sonderarbeit auf den Kollektivgütern aufgeboten.

Die Regierung erliess einen Aufruf, in welchem auf die «Notwendigkeit der guten Organisation der Sommerarbeit» hingewiesen wird. Die erfolgreiche

Ausführung der Feldarbeit werde die Mitwirkung der Familienmitglieder der LPG-Bauern erforderlich machen. Zudem, heisst es im Aufruf weiter, werde es in zahlreichen Ortschaften nötig sein, «dass sich auch die Industriearbeiter und andere Werktätige an der Einbringung der Ernte beteiligen». Deshalb hätten die Arbeiter ihre Ferien so anzusetzen, dass sie der Landwirtschaft die grösstmögliche Hilfe gewähren könnten. Für die Durchführung des Hilfsprogramms werden auch die örtlichen Räte verpflichtet. Mit diesen Massnahmen, die einer Anordnung zu Zwangsarbeit gleichkommen, wird nun auch die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung mit den seit der Kollektivierung immer stärker auftretenden Schwierigkeiten im Agrarsystem direkt einbezogen.

Die alte Methode des Pathet Lao

erhielt letzte Woche eine weitere Bestätigung, als die kommunistisch unterstützten Rebellen truppen den «Waffenstillstand» in besonders flagranter Weise brachen, um das Dorf Padong in einer vollmilitärischen Aktion zu besetzen.

Selbstverständlich hatte dies in Genf den Konferenzunterbruch zur Folge. Dabei war gerade die Laos-Frage noch derjenige Punkt gewesen, bei welchem man sich nach der Unterredung Kennedy-Chruschtschew in Wien am ehesten eine gewisse Annäherung der Standpunkte versprochen hatte.

In Evian führten die Besprechungen nicht weiter.

Am Rande ...

In Portugal kam es zu mehreren Verhaftungen unter den Mitgliedern der Opposition, während in Angola die Kämpfe weiter andauern. Die Angola-Debatte vor dem Sicherheitsrat der Uno sah die iberischen Kolonialmächte von den westlichen Ländern isoliert, während die kommunistischen Vertreter versuchten, aus dem Fall Kapital gegen den gesamten Westen zu schlagen.

In der Dominikanischen Republik herrschen laut einem Augenschein einer OAS-Kommission relativ geordnete Verhältnisse, so dass die Organisation der amerikanischen Nationen möglicherweise die seinerzeitigen Sanktionen gegen das Land in Wiedererwägung ziehen würde. Dazu müsste allerdings Trujillos Sohn seinen Willen zu einer demokratischeren Regierungsweise noch unter Beweis stellen.

Kuba hat in der Person von Major Ramiro Valdes, Leiter des kubanischen Sicherheitsdienstes, einen neuen Innenminister erhalten. Sein Vorgänger Naranjo wurde auf einen Posten der Stadtverwaltung Havanna versetzt.

In Moskau wurde ein Vertrag über sowjetische Waffenlieferungen an Indonesien unterzeichnet.

Redaktionsschluss: 12. Juni

Fidelistischer Umsturzversuch in Bolivien

Einen abgeschlagenen kommunistischen Umsturzversuch meldete die bolivianische Regierung in La Paz. Die Erhebung, die anscheinend von einer kommunistischen Gewerkschaft hätte organisiert werden sollen, wurde nach dem Sturz der Regierung zu einem «sozialistischen» Regime unter sowjetischem Schutz geführt haben.

Der Aufstand kam allerdings nicht zustande, weil die Regie-

rung vom Vorhaben erfuhr und sogleich den Belagerungszustand erklären liess. Zahlreiche Gewerkschaftsleute der extremen Linke wurden verhaftet.

Immerhin erfolgten noch nach dem vereitelten Umsturzversuch mehrere Sympathiestreiks, die auf die prekäre Lage schliessen lassen, die immer noch besteht. Wie weit Castros Regime an diesen Ereignissen seine Hand im Spiel hatte, blieb Vermutungen überlassen. Fest steht, dass ähnliche Bewegungen sich nicht nur in Bolivien, sondern in vielen andern Staaten Lateinamerikas sehr bald wiederholen werden. Der Westen muss seine Chance darin sehen, diesen gefährdeten Kontinent wirtschaftlich möglichst rasch zu sanieren, und zwar mit einer Hilfe, die nicht an alle möglichen Stellen der betreffenden Regierungen abgezweigt wird.

Südvietnam-Unruhe

In Südvietnam kam es zu den bisher schwersten Kämpfen zwischen prokommunistischen Rebellen und den Regierungstruppen seit mehreren Monaten. Da die Gefechte vornehmlich in der Nähe der Hauptstadt Saigon ausgetragen wurden, schien die Lage besonders prekär zu sein.